



Pfäffikon, 23. Mai 2022

SP setzt sich gegen Leistungsabbau ein

Am Mittwoch berät der Kantonsrat die Teilrevisionen des Personal- und Besoldungsgesetz sowie des Pensionskassengesetz. Die SP ist besorgt über den geplanten Leistungsabbau für die Arbeitnehmenden im Kanton Schwyz und wird bei der Debatte zum Pensionskassengesetz einen Rückweisungsantrag stellen. Ebenfalls zur Diskussion steht das Gesetz über die Magistratspersonen und der wichtige Vorstoss zum Kinder- und Jugendparlament. Die SP-Fraktion wählt Dr. Luka Markić für den frei werdenden Sitz am Verwaltungsgericht.

„Es ist für die SP Fraktion unverständlich, dass die SVP und FDP in unserem Kanton ständig Steuern senken und die gleichzeitig einen massiven Abbau bei den staatlichen Leistungen betreiben“, sagt SP-Fraktionspräsidentin Carmen Muffler (Freienbach). Die aktuelle Teilrevision des Pensionskassengesetzes zeigt einmal mehr auf, worauf die Politik der bürgerlichen Parteien abzielt. „Während die Reichsten von den Reichen in unserem Kanton laut den Bürgerlichen immer weniger Steuern bezahlen sollen, planen FDP und SVP beim Pensionskassengesetz ohne Not massive Verschlechterungen für Arbeitnehmer:innen.“ Die SP Fraktion macht bei diesem Abbau nicht mit und stellt anlässlich der Debatte zum Pensionskassengesetz einen Rückweisungsantrag. Die Situation der Pensionskasse des Kantons Schwyz soll mit einer Einmaleinlage und nicht durch Verschlechterungen für die Arbeitnehmer:innen verbessert werden.

Teilrevision Personal- und Besoldungsgesetz und Gesetz über die Magistratspersonen

Ebenfalls zur Debatte steht das Personal- und Besoldungsgesetz. Eine zeitgemässe Anpassung an die veränderten Herausforderungen der Arbeitswelt unterstützt die SP Fraktion. „Eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Arbeitnehmenden wird jedoch nicht akzeptiert“, sagt SP-Kantonsrätin Diana de Feminis (Brunnen). „Zentral ist für die SP, dass ab dem 60. Altersjahr 35 Tage Ferienanspruch geltend gemacht werden können, dass die Überbrückungsrente beibehalten wird und dass die Dienstaltergeschenke auch in Zukunft angemessen ausfallen. Falls das Parlament unseren Anträgen nicht folgen wird, werden die Leistungen für die Arbeitnehmenden zu stark gekürzt. In diesem Fall müssten wir die Teilrevision ablehnen“, ergänzt de Feminis. Die Regelung der Rechtsstellung von Regierungsrät*innen und voll- und teilamtlichen Richter*innen der kantonalen Gerichte im neuen Gesetz wird begrüsst. Ebenso wird gutgeheissen, dass die Abfindungen für die Regierungsrät*innen reduziert und vereinheitlicht wurden. Nach wie vor ist aus Sicht der SP der Lohn für die Regierung zu hoch angesetzt, dieser soll maximal 5% über dem Maximallohn der obersten Kaderlohnklasse angesetzt werden.

Kinder- und Jugendparlament unterstützen und fachlich begleiten

«Das Kinder- und Jugendparlament sind geeignete Plattformen, den Anliegen von Kindern und Jugendlichen zu Aufmerksamkeit zu verhelfen und ihr Demokratieverständnis zu wecken», ist sich SP-Kantonsrat Jonathan Prelicz (Arth-Goldau) sicher. Im Dezember 2011 hat der Schwyzer Kantonsrat den jährlichen Beitrag an das Kinderparlament von 10'000 auf 5'000 Franken gekürzt. Zwei Jahre später hat er die finanzielle Unterstützung und damit das Patronat seitens Regierungsrat komplett gestrichen. Seither wird das Schwyzer Kinderparlament privat finanziert. Die fehlende finanzielle Unterstützung hat dazu geführt, dass die Interessengemeinschaft

Schwyzer Kinderparlament ihre Arbeit eingestellt hat. Mittels überparteilichem Postulat wird nun gefordert, dass das Kinder- und Jugendparlament in Zukunft finanziell und fachlich durch den Kanton unterstützt werden. Die wertvolle Arbeit der beiden Parlamente soll so für die Zukunft gesichert werden.

Verwaltungsgericht

Für den frei werdenden Sitz am Verwaltungsgericht hat die Rechts- und Justizkommission zwei Personen zur Wahl vorgeschlagen: Thomas Rentsch und Dr. Luka Markić. Die SP-Fraktion hat mit beiden Kandidaten Hearings durchgeführt. Nach intensiven Diskussionen hat sich die SP-Fraktion einstimmig für Dr. Luka Markić ausgesprochen. Er bringt die Bundesgerichtserfahrung und entsprechende Empfehlungen mit. Seine Verbundenheit mit dem Kanton sticht hervor und er hat sein Studium inkl. Doktorat im für das Verwaltungsgericht relevanten öffentlichen Recht absolviert. Ausserdem verlässt mit Gion Tomaschett der letzte SP Sitz das Verwaltungsgericht. Die Bevölkerung muss an den Gerichten adäquat vertreten sein. Mit Dr. Luka Markić steht ein ausgezeichnete Kandidat zur Wahl, damit die SP weiterhin am Verwaltungsgericht vertreten ist.

SP Kanton Schwyz